



## **KDStV Carolus Magnus setzt sich für Erhalt universitärer Bildungschancen im Saarland ein! 20.03.2012**

Saarbrücken - Für den Erhalt universitärer Bildungschancen im Saarland hat sich am Beispiel der Juristenausbildung mit Schreiben an die Spitzenkandidaten der in eine große Koalition strebenden Parteien CDU und SPD, Annegret Kramp-Karrenbauer und Heiko Maas, die Katholische deutsche Studentenverbindung Carolus Magnus im CV, Saarbrücken, ausgesprochen. „Angesichts einer Spardiskussion, die nicht nur die Bildungschancen junger Menschen massiv verkürzen würde, sondern auch die Versorgung des Landes mit den notwendigen Fachkräften für Wirtschaft und Verwaltung gefährden oder zumindest verteuern würde, sehen wir eine Verfeinerung der bisher teilweise sehr holzschnittartig geführten Spardiskussion als dringend geboten an“, begründete der Vorsitzende der Altherrenschaft der Korporation, Gerhard Metzler, die Initiative. Insbesondere die Zukunftsinitiative Saar habe mit ihren Vorschlägen, die Mediziner- und die Juristenausbildung an der Universität des Saarlandes einzustellen, die Axt an die Wurzel dieser Hochschule gelegt. Gespart müsse zwar werden, so Metzler, aber das dürfe jetzt nicht um jeden Preis und zudem an der falschen Stelle geschehen.

„Sparen um jeden Preis unter Inkaufnahme der Zerstörung der Infrastruktur, die notwendig ist, um den Bestand unseres Saarlandes zu sichern und eine solide Erneuerung zu gestalten, kann nicht die Leitlinie einer zukunftsorientierten Haushaltspolitik sein.“ Die Kassen der Gegenwart zu sanieren, indem man jungen Menschen die Ausbildungsmöglichkeiten zusammenstreiche und so die Zukunft erheblich erschwere, könne nicht der Königsweg der Schuldenbremse sein. Schließlich bedeute die Einstellung eines Studiengangs mit derzeit mehr als tausend Studierenden auch ein Stück sozialen Kahlschlags. Gerade für Studenten aus bisher eher bildungsfernen und häufig auch finanziell nicht so üppig gestellten Elternhäusern werde die Aussicht, ein Studium nur in weiterer Entfernung von der Heimat aufnehmen zu können, angesichts der damit verbundenen Mehrkosten zu einer hohen Hürde auf dem Weg zu einer höheren beruflichen Qualifikation.

Dass sie sich insbesondere für die Erhaltung der Juristenausbildung einsetzt, begründet die Studentenverbindung damit, dass gerade an dieser Stelle das Gesamtgebilde Universität in Frage gestellt werde. Immerhin sei die Juristenausbildung aus gutem Grund seit dem Mittelalter einer der klassischen Fakultäten einer Universität.

Während die Politik bei der Medizinerbildung zu Recht bereits deutlich auf Distanz zu den Vorschlägen der Zukunftsinitiative gegangen sei, sei dies bei der Juristenausbildung noch nicht in so eindeutiger Form geschehen. Wie Mediziner brauche ein Bundesland jedoch auch eine Vielzahl Juristen für die Aufrechterhaltung des öffentlichen und vor allem auch des wirtschaftlichen Lebens. Für etliche Rechtsgebiete sei es dabei von Bedeutung, dass diese Juristen auch mit dem Recht gerade dieses Bundeslandes vertraut seien, was bei Einstellung einer eigenen Juristenausbildung im Saarland für das Recht dieses Bundeslandes nicht mehr gewährleistet wäre.

Über diesen Bedarf hinaus argumentieren die katholischen Studenten und Akademiker darüber hinaus auch damit, dass ein Abbau der Juristenausbildung zum einen nur mäßige Einsparungen bringen würde. Die Juristenausbildung sei insgesamt nicht der kostenträchtigste Studiengang. Zudem müssten Teile ihrer Infrastruktur ohnehin aufrechterhalten werden, wenn nicht dem international renommierten Europa-Institut an der Universität des Saarlandes das Fundament entzogen werden solle. Und auch andere wissenschaftliche Disziplinen, die an der Hochschule vertreten sind, benötigten immer wieder Informationen über ihre rechtlichen Rahmenbedingungen. Einem mäßigen Einsparungspotenzial dürften auf Dauer dagegen erhebliche Kosten dadurch entgegenstehen, dass man dann in anderen Bundesländern ausgebildete Juristen in großer Zahl für das Saarland rekrutieren müsse.